

KOMMENTAR

Griechenland nach Wahl vor Schuldenschnitt

Wie erwartet hat das Linksbündnis Syriza die Wahlen in Griechenland gewonnen. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten zu politischen Verhandlungen über den weiteren Kurs in Griechenland kommen. Die Europäische Zentralbank hat inzwischen angekündigt, massenhaft Staatsanleihen aufzukaufen. Damit hat sie die Wahrscheinlichkeit einer systemischen Ansteckung in der Eurozone infolge eines „Grexit“ deutlich reduziert und die Verhandlungsposition Brüssels gestärkt.

Spieltheoretisch kann die Verhandlungslösung nur in einem strategischen Gleichgewicht liegen, das beiden Seiten hilft, ihr Gesicht zu wahren: Es wird einen sanften Schuldenschnitt für Griechenland innerhalb der Eurozone geben. Im Gegenzug verpflichtet sich Syriza, den Reformkurs, der der eigentliche Kern der Krisenpolitik ist, fortzusetzen. Diese Lösung kann – klug verhandelt – politisch wie ökonomisch sogar zu einem Befreiungsschlag für die Eurozone werden. Eine Kombination aus Schuldenschnitt UND Strukturreformen kann endlich die Spielräume für mehr Wachstum eröffnen. Die Krisenländer befreien sich aus der Schuldenfalle und können einen stabilen Konsolidierungspfad beschreiten. Schuldenüberhang und Nullzinspolitik könnten so schon bald der Vergangenheit angehören.

HV

IN DIESER AUSGABE

Freihandel nach der Krise: Wie geht es weiter? Seite 1/2

Wie kann grünes Wachstum adäquat gemessen werden? Seite 3

Konjunkturthemen 2015 Seite 4

FREIHANDEL

Freihandel nach der Krise: Wie geht es weiter?

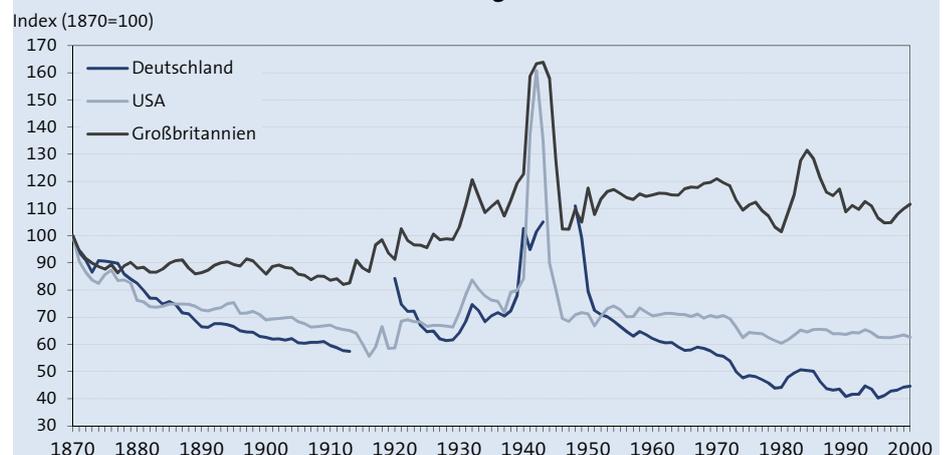
Nach der beschleunigten Globalisierung in den letzten zwanzig Jahren und der globalen Finanzkrise 2008/09 steht die Weltwirtschaft vor einer neuen Ordnung. Der Weg dorthin ist gekennzeichnet durch geopolitische Konflikte, protektionistische Maßnahmen und Währungsturbulenzen. Eine ähnliche Konstellation gab es nach der großen Wirtschaftskrise in den 1930er-Jahren. Vor diesem Hintergrund analysiert eine neue Studie des HWWI und der Privatbank Berenberg, vor welcher Zukunft der Freihandel steht. Auch das Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und Europa (TTIP) stellt potenziell einen wichtigen Baustein der neuen globalen Ordnung dar. Von Johannes Puckelwald, Henning Vöpel und André Wolf

Globalisierung ist historisch keinesfalls ein neues Phänomen. In der Zeit ab Mitte des 19. Jahrhunderts setzte im internationalen Handel eine erste Phase der Globalisierung ein, die vor allem durch eine Senkung der Transportkosten bedingt war. Ausgangspunkt war die industrielle Revolution in Großbritannien und die ihr zugrunde liegenden technologischen Neuerungen wie die mechanische Spinnmaschine und die Dampfmaschine. Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege 1815 verbreiteten sich diese auch im restlichen Europa, von dort aus nach Nordamerika und in die europä-

ischen Kolonien. Durch sie konnte nicht nur die Arbeitsproduktivität deutlich gesteigert, sondern über Folgeerfindungen wie Dampflokomotive, Dampfschiff und elektrischer Telegraf auch die Überwindung großer Distanzen ermöglicht werden. Weite, kaum besiedelte Landflächen, wie der Westen Nordamerikas, wurden so erstmals für den Handel erschlossen.

Diese erste Phase der Globalisierung wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gestoppt. In der Zwischenkriegszeit schien zunächst der Wiederaufbau des Welthandels mithilfe amerikanischer Ka-

Historische Entwicklung der Handelskosten



Handelskosten gegenüber dem Rest der Welt (Länderauswahl nach Jacks et al. 2011).

Quellen: Jacks et al. (2011); HWWI (2014).

pitals möglich. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre setzte diesen Hoffnungen aber ein Ende. Folgen waren die Auflösung des Goldstandards, das Entstehen von Währungsblöcken und die wechselseitige Erhöhung von Zöllen. Die Staaten waren unter dem Eindruck der Krise bestrebt, die Abhängigkeit ihrer Wirtschaft vom internationalen Handel zu reduzieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte in der westlichen Welt eine neue Phase der wirtschaftlichen Integration ein. Durch die Nutzung zusätzlicher Energiequellen wie Öl und Atomkraft konnte die Energieintensität des Gütertransports deutlich verringert werden. Massive Investitionen in die Infrastruktur und eine neue internationale Währungsordnung trugen zusätzlich zur Senkung der Handelskosten bei. Mitte der 1970er-Jahre kam diese Entwicklung kurzfristig zum Halt. Die erste (1973) und zweite (1979) Ölkrise erhöhten über die Verteuerung von Rohöl die Transportkosten. In denselben Zeitraum fiel der Zusammenbruch des Währungssystems von *Bretton Woods*. Im Zusammenhang mit der Einführung flexibler Wechselkurse kam es zu einer kurzen Phase verstärkter Unsicherheit für den internationalen Handel. Ab Mitte der 1980er-Jahre setzte dann ein weiterer Schub an Handelskostensenkungen ein, gefördert durch neue technologische Revolutionen. Dazu zählen vor allem die Entwicklung von international standardisierten Containern sowie Entwicklungssprünge im Bereich der digitalen Kommunikationstechnologien. Letztere machten es möglich, Fertigungsprozesse so weit zu standardisieren, dass Produktionsketten auf internationaler Ebene zerlegt werden konnten. Ab Anfang der 1990er-Jahre wurde diese Entwicklung durch den Zusammenbruch des Ostblocks und der schrittweisen Westintegration der Länder Mittel- und Osteuropas noch verstärkt.

In den 2000er-Jahren hat eine Beschleunigung der Globalisierung stattgefunden. Grundlage war die weitgehende Liberalisierung des Handels, aber vor allem auch der internationalen Finanz- und Kapital-

märkte. Dies geschah in den 1990er-Jahren im Wesentlichen motiviert durch die Annahme informationseffizienter Märkte. Die Folge war eine Integration vieler Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft, wie zum Beispiel von China. Der internationale Handel hat dadurch stark zugenommen; er ist innerhalb von knapp einer Dekade um etwa 200 Prozent gestiegen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 stellt eine tiefe Zäsur der Globalisierung dar. Nachdem die „tiefhängenden Früchte“ der Globalisierung geerntet sind, wird sich die Welt neu ordnen, die Globalisierung mithin in eine neue Phase treten. Nach der langen Phase der relativ starken weltwirtschaftlichen Expansion wird es, gerade in Schwellenländern, zu einem moderateren Wachstum kommen, in dessen Zuge Verteilungskonflikte wieder stärkere Bedeutung erlangen werden. Dabei geht es nicht allein um geostrategische Handelspolitik und den Zugang zu Rohstoffen, sondern auch um Fragen der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. Epidemien wie beispielsweise Ebola, Anpassungskosten des Klimawandels oder Armutsmigration spielen zukünftig eine größere Rolle. Auch protektionistische Maßnahmen können in einem solchen Umfeld wieder auf die politische Agenda kommen. Insgesamt wird es in den nächsten Jahren, die entscheidend für den Entwicklungspfad der Welt bis 2030 sind, auch um die Etablierung einer neuen globalen *Governance* gehen, die in der Lage ist, die globalen Risiken beherrschbar zu machen.

Nach der globalen Krise und nachdem die tief hängenden Früchte der Globalisierung geerntet sind, steht die Weltwirtschaft vor der Frage, wie stark die wirtschaftliche Integration zwischen Volkswirtschaften in Zukunft voranschreiten wird. Mit einer vertieften Integration sind zunehmend gesellschaftliche Präferenzen betroffen und somit ökonomische Kosten verbunden. Insoweit ist davon auszugehen, dass insbesondere Länder, die eine kulturelle und historische Nähe zueinander aufweisen, über bilaterale Abkommen eine weitere

Handelsliberalisierung anstreben. Dieser Wechsel vom Multilateralismus der Welt handelsorganisation (WTO) hin zu eher regionalisiertem Bilateralismus wird die Neuordnung der Weltwirtschaft wesentlich beeinflussen. In diesem Zusammenhang spielt das zurzeit verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und Europa (*Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP*) eine wichtige Rolle.

Mit dem TTIP-Abkommen schließen sich die USA und die Europäische Union mit über 50% des Weltsozialprodukts zum größten Binnenmarkt der Welt zusammen. Neben dem Abbau von Zöllen steht dabei die Senkung nicht-tarifärer Handelshemmnisse in Form einheitlicher Standards im Vordergrund. Die makroökonomischen Effekte dieses Abkommens werden voraussichtlich gering sein und als Niveaueffekt kaum mehr als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Kritik haben die Verhandlungen insbesondere in Bezug auf drei Punkte hervorgerufen: Das Abkommen werde von Lobbyisten verhandelt, das Vorsorgeprinzip, also der Schutz von Konsumenten durch Zulassungsverfahren werde aufgegeben und Konzernen werde durch das Investitionsschutzrecht die Möglichkeit gegeben, vor Schiedsgerichten außerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit gegen Regierungen zu klagen. In diesen Punkten sollte das Abkommen transparent und demokratisch nachverhandelt werden. Dessen ungeachtet bietet TTIP für Europa, das derzeit politisch, wirtschaftlich und institutionell geschwächt ist, die Chance, aktiv die neue globale Ordnung zu gestalten.

PARTNERPUBLIKATION



Dietrich, V.; Hungerland, F.; Puckelwald, J.; Quitzau, J.; Sonnberg, C.; Vöpel, H.; Wolf, A. (2015): *Strategie 2030 – Freihandel*, HWWI & Berenberg (Hrsg.), Hamburg.

Download unter: www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/

[Partnerpublikationen/Berenberg/Strategie_2030_Freihandel_ONLINE_DE.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Berenberg/Strategie_2030_Freihandel_ONLINE_DE.pdf)

Wie kann grünes Wachstum adäquat gemessen werden?

Alternativen zur kohlenstoffabhängigen Wirtschaftsweise werden aktuell international und auf höchster politischer Ebene diskutiert. Der Debatte liegt dabei die zweifellos richtige Annahme zugrunde, dass ein wesentlicher Teil der ökonomischen Aktivität von Naturkapital und Umweltdienstleistungen abhängt sowie zu deren Degradierung beiträgt und dass diese das menschliche Wohl entscheidend beeinflussen. Es ist dennoch ein bedeutender Richtungswechsel im Verständnis von Wachstum und Entwicklung, den Beitrag der Umwelt zur (sozio-)ökonomischen Entwicklung zu messen und Politiken danach auszurichten. Von Katharina M. K. Stepping* und Jana Stöver**

Die Diskussion kann unter der Überschrift „grüne Ökonomie“ oder „grünes Wachstum“ zusammengefasst werden. Die Weltbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und das Weltwirtschaftsforum brachten in den letzten Jahren jeweils eigene Berichte dazu heraus.

Das Konzept der grünen Ökonomie ist dabei hilfreich, da es das Augenmerk weg vom reinen Wirtschaftswachstum hin zu einem breiteren Verständnis von Wohlfahrt lenkt, in das auch ökologische Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe einfließen. Dazu müssen Umweltbelange und der Wert von Naturkapital in alle Aspekte ökonomischer Entscheidungen integriert werden. Initiativen wie die *Green Growth Knowledge Platform* haben sich dies zum Ziel gesetzt. Hier bemühen sich über dreißig Organisationen, darunter Weltbank, UNEP und OECD, darum, ihr Verständnis vom Konzept grünen Wachstums abzugleichen und Möglichkeiten zur Messung zu entwickeln. Auch die Gründung des *Global Green Growth Institute (GGGI)* im Jahr 2010 zielte darauf ab, einem neuen „grünen“ Wachstumsmodell den Weg zu bahnen und dieses zu verbreiten. Dass bisher keine abschließende Einigkeit über den analytischen Rahmen oder ein einheitliches Indikatoren-Set zur Messung grünen Wachstums besteht, zeigt, dass dies keine triviale Aufgabe ist.

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit – ökonomische, ökologische und soziale Aspekte – sind in den unterschiedlichen Konzepten grünen Wachstums fast immer vertreten, ihre relative Bedeutung variiert in Abhängigkeit vom jeweiligen Blickwinkel der Ver-

fasser jedoch stark. Indikatoren für grünes Wachstum sollen generell abbilden, inwiefern sich ein Land – als Analyseeinheit – auf dem Entwicklungspfad zu den Zielen grüner Wachstumskonzepte befindet. Einerseits soll die Messung grünen Wachstums eine möglichst objektive Bewertung des eingeschlagenen Entwicklungspfades erlauben und eine gewisse Vergleichbarkeit ermöglichen. Andererseits weisen die über 190 souveränen Staaten weltweit selbstverständlich sehr unterschiedliche Charakteristika auf, die jeweils andere sinnvolle Wege zum Ziel implizieren können, sodass es durchaus widersinnig sein kann, Indikatoren durchgehend zu vereinheitlichen.

Geeignete Indikatoren zur Messung grünen Wachstums müssen dabei vier Kriterien genügen: Sie müssen politisch relevant, analytisch stichhaltig sowie messbar sein und sich sinnvoll kommunizieren lassen. Die von den unterschiedlichen Initiativen vorgeschlagenen Maßzahlen sind dabei größtenteils bekannt und haben sich – in anderen Zusammenhängen – bereits bewährt, obwohl das Konzept des grünen Wachstums vergleichsweise neu ist. Die Indikatoren überschneiden sich zum Teil mit den Indikatoren der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und können teilweise Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialstatistiken entnommen beziehungsweise aus den verfügbaren Daten hergeleitet werden.

Um grüne Wachstumskonzepte für möglichst viele Länder attraktiv und aussagekräftig zu machen, können individuell angepasste *Dashboards*, also länder- oder ländergruppenspezifische Sets, in denen mehrere Indikatoren aufgeführt werden, verwendet werden. Ein individualisiertes Set erlaubt, möglichst exakt das zu mes-

sen, was für den speziellen Fall als wichtig erachtet wird. Der Nachteil ist allerdings, dass sich die Ergebnisse nur schwer zwischen den Ländern vergleichen lassen und dass sie durch eine gewisse Beliebigkeit in der Auswahl leicht zu manipulieren sind. Ein Kompromiss wäre, einige Schlüsselindikatoren, die einheitlich für alle Länder erhoben werden, mit einer Auswahl länder-spezifischer Maßzahlen zu kombinieren. Dies würde ermöglichen, sowohl die große Schnittmenge als auch die Unterschiede in der Konzeption grünen Wachstums zu reflektieren. Dieser Kompromiss würde die Vergleichbarkeit zwischen Ländern, zumindest bis zu einem gewissen Grad, gewährleisten, sodass verhindert werden könnte, dass beispielsweise die Umweltqualität kompromittiert und gleichzeitig von grünem Wachstum gesprochen würde. Gleichzeitig würde er Raum lassen für verschiedene Schwerpunkte und Interpretationen von grünem Wachstum. Unterschiedliche Entwicklungspfade wären dann nicht nur möglich, sondern auch mit einer länder-spezifischen grünen Wachstumsagenda vereinbar.

*Dr. Katharina M. K. Stepping ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

**Dr. Jana Stöver ist Senior Researcher im HWWI.

LITERATUR

Der Artikel ist eine Kurzfassung von: Stepping, K. M. K. / Stöver, J. (2014) Zur Messung grünen Wachstums: Warum Vereinheitlichen (manchmal) gar nicht erwünscht ist. *Analysen und Stellungnahmen 15/2014*, German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn.

Konjunkturthemen 2015

Nach einem enttäuschenden Jahr 2014 wird in diesem Jahr eine Reihe von Themen von wichtiger Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft sein. Bereits zu Beginn des Jahres ist einiges passiert: Seit dem 1. Januar gilt in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn, die Europäische Zentralbank (EZB) hat angekündigt, massenhaft Staatsanleihen aufzukaufen, in Griechenland hat die reformkritische Linkspartei Syriza die Wahlen gewonnen und der Ölpreis ist unter die 50 US-Dollar-Marke gerutscht. *Von Anja Rossen*

Vor allem die USA, die Eurozone und Russland werden in diesem Jahr im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Während in den USA die amerikanische Zentralbank (Fed) vor der Zinswende steht, wird die EZB zu Beginn des Jahres voraussichtlich weitere Maßnahmen ergreifen, um möglichen Deflationsrisiken entgegenzuwirken. Die Erholung im Euroraum hängt wesentlich von der weiteren Entwicklung in Griechenland, Italien und Frankreich und den dortigen Reformbemühungen ab. In Russland trübt sich die Wirtschaft aufgrund von Sanktionen und niedrigen Ölpreis zunehmend ein.

Die US-Wirtschaft hat sich in der jüngsten Vergangenheit weiterhin positiv entwickelt, sodass eine frühere Zinswende in den USA immer wahrscheinlicher wird. So hat sich die Arbeitslosenquote seit ihrem Rekordhoch von 10 % im Oktober 2009 auf zuletzt 5,6 % verringert. Sollte sich dieser Aufwärtstrend fortsetzen, ist bereits Mitte des Jahres mit einem ersten Zinsschnitt zu rechnen. Die Zinswende dürfte ein wichtiger Test dafür sein, wie robust die US-Konjunktur ist und inwieweit die Krisenursachen überwunden sind oder ob diese bislang nur monetär akkommodiert worden sind. Mit steigenden Zinsen in den USA dürften sich weltweit Risikoprämien, Zinsstruktur und somit auch die Kapitalbewegungen verschieben. Eine zu schnelle Zinswende könnte über eine Aufwertung des US-Dollars die US-Exporte verteuern und somit den Aufschwung der US-Wirtschaft bremsen. Gleichzeitig bedeutet die Zinswende aber auch eine konjunkturelle und geldpolitische Entkopplung der Vereinigten Staaten von der des Euroraums. Im

Gegensatz zur Fed wird die EZB angesichts drohender Stagnation und Deflationsrisiken noch mindestens bis 2016 expansiv ausgerichtet bleiben.

Nicht zuletzt aufgrund der Entkopplung von Fed und EZB steht die Eurozone 2015 vor einem schwierigen Jahr. Sollte die Krise nicht überwunden werden, droht eine langhaltende wirtschaftliche Stagnation. Nichtsdestotrotz hat die EZB oft betont, dass sie die Zinsen für einen längeren Zeitraum niedrig belassen wird und alles tun wird, um den Euro zu erhalten. Vor dem Hintergrund weiterhin abnehmenden Preisdrucks – der vor allem auf sinkende Energiepreise zurückzuführen ist – hat die EZB in ihrer Januarsitzung verkündigt, mit dem Ankauf von Staatsanleihen im März zu beginnen. Auch weitere expansive Maßnahmen sind zu erwarten. Unterdessen steht der Eurozone mit dem Ausgang der Wahl in Griechenland zugunsten des reformkritischen Linksbündnisses eine weitere Belastungsprobe bevor. Auch wenn die systemischen Risiken eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone mittlerweile deutlich geringer sein dürften als noch zu Beginn der Euro-Krise, geht von Griechenland erneut Gefahr für die Stabilität der Eurozone aus. Dreht der politische Wind in Europa gegen den bisherigen Reformkurs, könnte sich auch in Italien und Frankreich auf dem Weg der politischen Ansteckung die Stimmung drehen.

Auch in Russland könnte sich die Lage in den nächsten Monaten zuspitzen. Die Sanktionen gegen Russland in Verbindung mit dem stark gefallenem Ölpreis haben zuletzt zu einer massiven Abwertung des Ru-

bels geführt und die russische Wirtschaft und den Staatshaushalt in Schwierigkeiten gebracht. Russland droht eine Finanz- und Währungskrise, die auch international Folgen für die Weltwirtschaft hätte. Um einen drohenden Bank-Run entgegenzuwirken, hat die russische Regierung bereits reagiert. So versucht die russische Zentralbank mit dem Verkauf von Devisenreserven und der deutlichen Erhöhung des Leitzinses, den Wechselkurs zu stützen. Dennoch wird die russische Wirtschaft 2015 voraussichtlich schrumpfen.

In Deutschland hat sich zu Beginn des Jahres der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte verringert und auch die Krankenkassen können ab diesem Jahr ihre Zusatzbeiträge individuell festlegen. Gleichzeitig kommen von Seiten der Politik zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft. So stellen unter anderem der Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente ab 63 nicht nur eine direkte Belastung für die deutsche Wirtschaft dar, sondern erhöhen auch die Unsicherheit über den zukünftigen Kurs der Politik und wirken somit zusätzlich hemmend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der erhoffte Investitionsaufschwung wird sich weiter verzögern.

DOSSIER

Eine Zusammenstellung von Publikationen des HWWI zur Konjunktur finden Sie auf der HWWI-Website unter: www.hwwi.org/publikationen/publikationen-nach-themen-dossiers/dossiers/konjunktur.html.